



Haushalts- und Finanzausschuss

18. Sitzung (öffentlich)

21. Februar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:45 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU)

Protokoll: Franz-Josef Eilting, Gertrud Schröder-Djug, Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Entwicklung des Landeshaushalts im Ist zum 31. Dezember 2012, gegebenenfalls auf Basis der vorläufigen Haushaltszahlen** **7**

In Verbindung mit:

Vorläufige Kassendaten zum 31. Dezember 2012, an BMF bzw. Destatis übersandtes Zahlenwerk

Und:

Aufstellung der zehn größten Mehr- und Minderausgaben im Haushaltsvollzug in den jeweiligen Einzelplänen

Vorlagen 16/598 und 16/675

Der Ausschuss berät über die beiden Vorlagen. Sich daraus ergebende Fragen werden von den zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung beantwortet.

2 Auf Bundesratsinitiative zur Erhebung einer Vermögensteuer verzichten – Landesregierung soll weitere Steuererhöhungen unterlassen 11

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/818

Ausschussprotokoll 16/112

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Haushalts- und Finanzausschuss **lehnt** den **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/818** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **ab**.

3 Kostenentwicklung im Landeshaushalt 2013 durch Einführung des neuen Rundfunkbeitrags für jedes einzelne Ressort 13

Ralf Witzel (FDP) wirft Fragen auf, die, soweit möglich, von StS Dr. Rüdiger Messal (FM) beantwortet und im Übrigen zur Klärung mitgenommen werden.

4 Gesetz zur Zweckbindung der dem Land Nordrhein-Westfalen nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Bundeshaushalt zustehenden Finanzmittel (Entflechtungsmittelzweckbindungsgesetz – EMZG NRW) 15

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/748

Ausschussprotokoll 16/143

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der HFA **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen, der FDP und der Piraten bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion, den **Gesetzentwurf Drucksache 16/748 anzunehmen**.

5 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2013 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 – GFG 2013) 16

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1402

Ausschussprotokoll 16/142 (öffentliche Anhörung)

Vorlage 16/526 (Ergebnisse der Berichterstattung)

Vorlage 16/622 (Bericht des Ausschusses für Kommunalpolitik)

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Der HFA **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Piratenfraktion, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/1402 unverändert anzunehmen.**

6 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013) 17

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2012 bis 2016 mit Finanzbericht 2013

Drucksache 16/1401

Ausschussprotokoll 16/140 (öffentliche Anhörung)

Vorlage 16/450 (Gegenüberstellung der Haushaltsgesetze 2012 und 2013)

Vorlagen 16/511 bis 16/520, 16/522 bis 16/524 (Ergebnisse der Berichterstattung)

Vorlagen 16/600 bis 16/606, 16/608 bis 16/614, 16/617, 16/618 und 16/621 (Berichte der Fachausschüsse und Unterausschüsse)

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Beantwortung noch offener Fragen	17
Allgemeine Aussprache über die Änderungsanträge	19
Abstimmungen über die Änderungsanträge	25
<i>(Alle in der heutigen Sitzung gestellten Änderungsanträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse sind den Berichten des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksachen 16/2100 bis 16/2107, 16/2109 bis 16/2115 und 16/2120 – zu entnehmen. In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Diskussionsbeiträge wiedergegeben.)</i>	
Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung	25
Haushaltsgesetz	28
Einzelplan 03: Innenministerium	30
Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung	32
Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung	34
Einzelplan 07: Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	35
Einzelplan 09: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	39
Einzelplan 10: Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz	40
Einzelplan 11: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales	43
Einzelplan 12: Finanzministerium	43
Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	45
Einzelplan 15: Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	45
Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung	46

Schlussabstimmungen**46**

Mit den Stimmen aller Fraktionen **fasst** der Ausschuss den auf Seite 5 des Ausschussberichts Drucksache 16/2100 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

Der HFA **empfiehlt** in der Gesamtabstimmung dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten, den **Haushaltsgesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/1400** unverändert **anzunehmen**.

Abschließend **empfiehlt** der HFA dem Landtag einvernehmlich, die **Finanzplanung** 2012 bis 2016 mit Finanzbericht 2013 **Drucksache 16/1401** zur **Kenntnis zu nehmen**.

7 Satzungsregelungen zur Ausgestaltung der Rechte und Statute des Parlamentarischen Beirats der NRW.BANK für einen zeitnahen Tätigkeitsbeginn**47**

Sachstandsbericht der Landesregierung

– Bericht von StS Dr. Rüdiger Messal (FM)

47

– Aussprache

47

8 Verschiedenes**50**

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, zu dem **Gesetzentwurf Drucksache 16/1821** **kein** **Votum** abzugeben.

* * *

6 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1400

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2012 bis 2016 mit Finanzbericht 2013

Drucksache 16/1401

Ausschussprotokoll 16/140 (öffentliche Anhörung)

Vorlage 16/450 (Gegenüberstellung der Haushaltsgesetze 2012 und 2013)

Vorlagen 16/511 bis 16/520, 16/522 bis 16/524 (Ergebnisse der Berichterstattung)

Vorlagen 16/600 bis 16/606, 16/608 bis 16/614, 16/617, 16/618 und 16/621 (Berichte der Fachausschüsse und Unterausschüsse)

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

Beantwortung noch offener Fragen

Ralf Witzel (FDP) spricht die auf Seite 24 der mittelfristigen Finanzplanung dargestellte Entwicklung der Nettoneuverschuldung an, bei der zwischen der strukturellen Kreditaufnahme und der Kreditaufnahme insgesamt – einschließlich der Restrukturierungsmaßnahmen bei der Portigon AG und der Risikovorsorge bei der EAA – unterschieden werde.

Für die Maßnahmen bei der Portigon AG und die Haftungsrisiken bezüglich der EAA sei für 2013 kein Bedarf angemeldet. Im Berichterstattergespräch zu Einzelplan 20 sei dazu ausgeführt worden, dass die gegebenenfalls anfallenden Aufwendungen aus der Sicht des Finanzministeriums durch die Rückstellungen bzw. noch vorhandenen Mittel im Risikoschirm für die WestLB gedeckt seien. Für die Jahre ab 2014 sei in der mittelfristigen Finanzplanung nur noch ein Betrag für die Risikovorsorge bezüglich der EAA, aber kein Betrag mehr für die Portigon vorgesehen.

Bereits in der letzten Sitzung habe er nachgefragt, wie das Finanzministerium die Belastungspositionen beim „Gain on fair value“ aus dem letzten Jahresabschluss von Phoenix Light bewerte und wie mit etwaigen stillen Lasten im Portfolio umzugehen sei. Vielleicht könne heute dazu etwas gesagt werden.

StS Dr. Rüdiger Messal (FM) bedauert, dazu noch keine näheren Informationen zu haben. Sobald sie vorlägen, werde er sie übermitteln.

Ralf Witzel (FDP) fragt weiter, ob seit dem Zeitpunkt des Gesprächs mit dem Portigon-Vorstand am 6. Dezember 2012 neue Erkenntnisse über etwaiges Drittgeschäft der Portigon AG mitgeteilt werden könnten. Konkret wüsste er gerne, ob es inzwischen Akquise-Erfolge in Spanien gebe und ob es zutrefte, dass die Landesförderbank aus Bayern einen ersten externen Auftrag erteilt habe.

StS Dr. Rüdiger Messal (FM) macht darauf aufmerksam, dass das nicht unmittelbar mit dem Landeshaushalt zu tun habe. Wenn Portigon eigene Einnahmen aus Drittgeschäft generiere, schlage sich das nicht im Einzelplan 20 nieder, sondern auf der Einnahmenseite der Portigon AG. Zu den Bemühungen der Portigon AG um Drittgeschäfte könne er nichts Neues sagen.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) bezieht sich auf die Erläuterungen zur Streichung der Zuschüsse an die Rennvereine und zur Frage der 96%igen Rückerstattung der Einnahmen aus der Totalisatorsteuer bei der Klausurtagung und im Berichterstattergespräch.

Aus zwischenzeitlich eingeholten Informationen zur Ist-Situation im Jahre 2012 und auch aus Erkenntnissen der Rennvereine ergebe sich, dass man von der für 2013 zugrunde gelegten Einnahmeerwartung sehr weit entfernt sei. Der Steuersatz bei der Totalisatorsteuer werde von 16,66 % auf 5 % abgesenkt, sodass die Einnahmen im Jahre 2013 wahrscheinlich eher unter 1 Million € liegen dürften. Vielleicht könne das vorläufige Ist-Ergebnis zum 31. Dezember 2012 mitgeteilt werden. Zum Zeitpunkt des Berichterstattergesprächs sei das nur für den Zeitraum bis zum 30. November 2012 möglich gewesen.

ORR Manfred Brehl (FM) geht von einer Ist-Einnahme von rund 1,5 Millionen € im Jahre 2012 aus. – **MDgt Dr. Lukas Mangelsdorff (FM)** verweist auf die in den Anlagen zur Vorlage 16/598 dargestellten Zahlen.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) bittet zu erklären, wieso man bei einer Ist-Einnahme von 1,5 Millionen € im Jahre 2012 davon ausgehe, im Jahre 2013 bei einer Absenkung des Steuersatzes 3 Millionen € einnehmen zu können.

Stefan Zimkeit (SPD) legt dar, nach seiner Kenntnis werde bei der Totalisatorsteuer nicht nur der Steuersatz abgesenkt, sondern zugleich erfolge eine Ausweitung der Steuer auf Internetwetten. Daraus erklärten sich veränderte Einnahmeerwartungen. So sei ihm das vom Rennverein Dinslaken aus seinem Wahlkreis dargestellt worden.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) meint, selbst wenn der Bund die Gesetzesänderung so beschließe – nach seiner Kenntnis frühestens zum 1. April –, handele es sich wahrscheinlich in diesem Jahr nicht um Beträge, die einen Haushaltsansatz von 3 Millionen € rechtfertigten. Die Frage sei, ob die Koalition wirklich auf einem solchen Sollansatz bauen wolle.

Hinzu komme ja, dass beabsichtigt sei, die Rennvereine aus dem Kreis der von den Glücksspielerträgen begünstigten Destinatäre herauszunehmen. Bei der Klausurtagung sei das damit gerechtfertigt worden, dass die Rennvereine weiterhin mit Einnahmen von 2,9 Millionen € aus der Totalisatorsteuer rechnen könnten. Da dies aber unplausibel sei, bedeute das eine doppelte Kürzung für die Rennvereine, die existenzgefährdend sein könne. Denn die Rennvereine hätten zum Teil mit Investitionsmaßnahmen begonnen, um die Attraktivität zu steigern, oder solche Maßnahmen bereits durchgeführt, müssten Kredite bedienen und säßen jetzt auf dem Trockenen.

Ralf Witzel (FDP) unterstreicht die von seinem Vorredner vorgetragene Bedenken. Die zentrale Frage sei nicht, ob das Land angesichts des Konsolidierungsdrucks nach Sparmaßnahmen suchen müsse – das wünsche er sich an anderen Stellen viel mehr –, sondern warum aus dem Kreis der Destinatäre, die von Glücksspielerträgen profitierten, gezielt einer herausgegriffen werde, der gar nichts mehr bekommen solle, statt beispielsweise allen Destinatären ein paar Prozent weniger zu geben. – Dass eine solche Vorgehensweise von den Betroffenen nicht gerade als Wertschätzung ihrer Arbeit empfunden werde, sei doch wohl nachvollziehbar.

Allgemeine Aussprache über die Änderungsanträge

Stefan Zimkeit (SPD) nimmt zu den vorliegenden Änderungsanträgen, insbesondere denen der CDU-Fraktion, zunächst allgemein Stellung.

Er schicke voraus, dass sich die Koalition vorbehalte, Änderungsanträge zur dritten Lesung zu stellen. Die Diskussionen dazu seien noch nicht abgeschlossen. Möglicherweise werde es einige Überschneidungen mit heute vorliegenden Änderungsanträgen geben.

Er bewerte es äußerst positiv, dass die CDU-Fraktion nach einigem Hin und Her zu dem Ergebnis gekommen sei, Einsparvorschläge zu präsentieren. Das ermögliche eine Auseinandersetzung mit konkreten Vorschlägen.

Zusammenfassend bewerte er diese Vorschläge allerdings als wenig kompetent, zum Teil unglaubwürdig, unsozial und vor allem nicht in die Zukunft gerichtet.

Wenig kompetent seien die Luft- oder Pauschalbuchungen. Dazu gehörten die 1,5%ige pauschale Kürzung beim Personal, die jetzt eine neue Überschrift erhalte, und die pauschale Kürzung bei den Verwaltungsaufgaben. Solche Kürzungen fänden sich klassisch bei den globalen Minderausgaben, die die CDU in dieser Höhe aber bisher abgelehnt habe.

Ein weiterer Punkt sei die pauschale Kürzung von Förderprogrammen, und zwar im ersten Schritt in Höhe von 116 Millionen €, aufwachsend auf 580 Millionen €. Das sollten zunächst 4 % und später 20 % sein. Die Förderprogramme umfassten aber laut einer von den Piraten erbetenen Liste insgesamt nur 1,26 Milliarden €, sodass die Kürzungen in der Endstufe 46 % ausmachten. Das heiße: 46%ige Kürzungen

beispielsweise beim Ganzttag, bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, bei Flüchtlingen und Bibliotheken. – Er halte das nicht für umsetzbar.

Unglaublich seien die Vorschläge insbesondere zur Wiedereinführung der Studien- und Kitagebühren. Im Landtagswahlkampf habe Herr Röttgen gesagt, es solle beim Wegfall bleiben; die Menschen müssten sich auf die Beschlüsse der Politik verlassen können. Das solle jetzt wieder über den Haufen geworfen werden. Vielleicht sehe die CDU das im kommenden Bundestagswahlkampf ja wieder anders.

In diese Reihe passten auch die Kürzungsvorschläge bei der Polizei, beginnend mit 5,5 Millionen €, aufwachsend auf 55 Millionen €. Die CDU fordere allerorten, die Polizeiarbeit zu verstärken. Im Landtag werde jetzt aber eine Streichung beantragt.

Unsozial sei etwa die Tatsache, dass die CDU sich gegen die Wiedereinführung einer Vermögensteuer ausspreche, aber zahlreiche Kürzungsvorschläge vorlege, die Bildung, ältere und jugendliche Arbeitslose und Behinderte betreffen. Besonders bemerkenswert sei die angekündigte Streichung von Lehrerstellen, beginnend mit 24 Millionen €, steigend auf 300 Millionen €. Das bedeute die Streichung von mindestens 3.000 Lehrerstellen vor dem Hintergrund der Bedarfe bei der anstehenden Inklusion; diese Streichung werde vor allem die Qualität der Inklusion schwächen.

Ein Klassiker sei, dass sich die CDU gerne auf Kosten der Kommunen entlaste. Die Kürzungen unter anderem beim Städtebau machten dies deutlich.

Alles in allem sei festzuhalten, dass das nicht zukunftsorientiert sei. Das Kürzungsprogramm erbringe jetzt einige Einsparungen, durch die Verminderung von Bildungschancen, durch die Schwächung der Kommunen und durch die unsoziale Ausrichtung werde es aber mittelfristig wieder Kostensteigerungen hervorrufen. Das Sparprogramm sei also nicht nur unsozial, sondern auch finanzpolitisch nicht sinnvoll. Deshalb lehne die SPD-Fraktion es in Gänze ab.

Ralf Witzel (FDP) legt dar, seine Fraktion werde erst zur dritten Lesung Änderungsanträge vorlegen, weil sie noch internen Beratungsbedarf habe.

In den heutigen Abstimmungen werde die FDP-Fraktion den Anträgen, die sie für eindeutig halte und die in der Kontinuität der FDP-Politik stünden, zustimmen. Bei den Positionen, bei denen sie noch nicht entscheidungsklar sei, werde sie sich enthalten. Eine Enthaltung sei deshalb nicht automatisch so zu werten, dass man sich nicht vorstellen könne, unter Umständen in eine ähnliche Richtung zu gehen. Ihre endgültige Haltung werde die FDP-Fraktion zur dritten Lesung mitteilen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) schließt sich den Ausführungen von Herrn Zimkeit an und ergänzt, dass die von der CDU vorgeschlagene Wiedereinführung von Studien- und Kitabeiträgen nicht mit den Beträgen durchführbar sei, die dafür angesetzt würden. Den Hochschulen würden 250 Millionen € entgehen, ohne dass sie schon Studienbeiträge einnehmen könnten. Noch mehr gelte das für die Kindertagesstätten, da eine Beitragspflicht frühestens zum nächsten Kitajahr im August technisch umsetzbar wäre.

Was die CDU-Streichungsvorschläge bei den Förderprogrammen angehe, frage er sich, ob die 380 Millionen € für die Ganztagsbetreuung und die 120 Millionen € für den Kulturbereich, den die CDU ja erst in dieser Größenordnung ausgestattet habe, wirklich infrage gestellt werden sollten. Wenn die CDU diese Bereiche aber von den Streichungen ausnehme, müsse sie am Ende bei den gut 700 Millionen € für die verbleibenden Bereiche 70 bis 80 % streichen. Immerhin gehörten dazu auch Arbeitslosenzentren und ähnliche Dinge.

Erst in der letzten Woche habe er in einer Pressemitteilung der CDU-Fraktion aus Essen gelesen, dass die rot-grüne Koalition durch die Kürzungen beim Landessportbund um 1 Million € den „Pakt für den Sport“ quasi entleere. Wenn man aber die Vorschläge der CDU-Landtagsfraktion nähme, würden die Projektmittel für den Landesportbund in viel größerem Umfang entfallen. Das komme heraus, wenn man nicht genau sage, wo man streichen wolle, sondern pauschale Kürzungen vornehme.

Angesichts dessen, dass die CDU fünf Jahre regiert habe, frage er sich im Übrigen, warum sie jetzt globale Kürzungsvorschläge zum Sach- und Personalhaushalt mache und nicht in der Lage gewesen sei, zwischen 2005 und 2010 bestimmte Ausgabenpositionen zu benennen und dort zu streichen. Das könne nur schwarz-gelbes Regierungsversagen sein – und jetzt werde Rot-Grün aufgefordert, genau dort anzusetzen. Bei diesen Positionen jetzt solche Kürzungsvorschläge zu machen, sei ein Eingeständnis eigenen Scheiterns.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) führt aus, nach dem Wahlerfolg im Jahre 2010 habe Rot-Grün versucht, schrittweise, zum Teil sehr schnell alle strukturellen Veränderungen aus der Phase 2005 bis 2010 wieder rückgängig zu machen. Insofern seien die Ansätze heute anders als die aus dem Jahre 2010. Zwischenzeitlich habe es einen maßgeblichen Stellenaufwuchs gegeben. Er erinnere daran, dass es in der Regierungszeit von Schwarz-Gelb eine Nettoerhöhung der Gesamtstellenzahl des Landeshaushaltes von 2.415 gegeben habe, obwohl über 8.000 Lehrerstellen hinzugekommen seien. In den drei Haushalten, die danach gekommen seien, habe Rot-Grün wieder einen erheblichen Aufwuchs getätigt.

Auch Kürzungen der Förderprogramme, die seit 2006 in den Haushalten gemacht worden seien, habe Rot-Grün wieder rückgängig gemacht. Von daher könne man heute nicht von einem Stand ausgehen, wie er zum Ende der Regierung Rüttgers im Haushalt gegolten habe, sondern man müsse von den Zahlen ausgehen, die 2013 ähnlich wie die von 2006 aussähen. Somit hätten die Kürzungsvorschläge, die seine Fraktion vorgelegt habe, eine andere Basis.

Herr Zimkeit und Herr Mostofizadeh hätten richtig subtrahiert, allerdings die falsche Ausgangszahl verwendet. Sie hätten die Antwort der Landesregierung auf die Frage der Piraten zu den freiwilligen Förderprogrammen zugrunde gelegt. Die CDU-Fraktion habe ausdrücklich die landesgesetzlichen Förderprogramme einbezogen und wolle ein Volumen von 2,9 Milliarden € – also inklusive der landesgesetzlichen Förderprogramme, aber ohne die Förderprogramme, die den Kommunen direkt zufließen – für die 20%ige Kürzung zugrunde legen. Wenn man das tue, komme man auf die Summen, die seine Fraktion dargestellt habe.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sagen Sie es doch:
Ersatzschulförderung! Jugendförderplan!)

– Er erläutere die Zahlen, weil das gerade anders dargestellt worden sei. Die Regierungsfractionen dürften sie gerne bewerten.

Die CDU-Fraktion habe in einer verantwortlichen Form ein Konzept vorgelegt. Wenn Herr Zimkeit sage, man wolle sich damit politisch auseinandersetzen, dann sei das in Ordnung. Das sei genau die Aufgabe von Parlamentarismus.

Zu der Frage, ob man das gesetzlich umsetzen könne: Seine Fraktion würde sofort mit den regierungstragenden Fraktionen die fachlichen Voraussetzungen im Plenum schaffen, wenn sie den Anträgen zustimmen würden. Er nenne die Beispiele Studienbeiträge und Kindergartenbeiträge. Es sei überhaupt keine Frage, dass, wenn man entsprechende Regelungen haben wolle, auch das entsprechende Fachgesetz benötigt werde. Solange die Mehrheit den Haushaltsanträgen aber nicht zustimme, könne man nicht parallel zu dem Haushaltsverfahren das Fachgesetzverfahren beraten. Das könne man gerne tun, wenn die Voraussetzungen dafür da seien.

Wenn den Vorschlägen seiner Fraktion zugestimmt werde, dann sollte man sich schnellstmöglich an die fachgesetzlichen Voraussetzungen machen, um es umzusetzen. Dann könne man darüber reden, ob eine ganze Jahreswirkung noch möglich sei oder ob man möglicherweise im Jahre 2013 eine geringere Jahreswirkung habe und ab 2014 eine volle. Das setze aber voraus, dass Rot-Grün wirklich mitmache. Davon sei er bisher nicht ausgegangen.

Er rege an, dass sich die Abgeordneten, wenn über die Haushaltspositionen diskutiert werde, nicht gegenseitig nur Additionen und Subtraktionen vorhielten, sondern sich politisch auseinandersetzen. Der Ausschuss sollte über die Ziele reden.

Seine Fraktion meine, dass da, wo zum Beispiel die Bundesagentur für Arbeit fördere, das Land für das Gleiche nicht noch einmal Steuergelder einsetzen müsse. Deshalb sei die CDU an verschiedenen Stellen zu Kürzungsvorschlägen im Landeshaushalt gekommen. Die Beratungen fänden bereits statt, und da gelte das Subsidiaritätsprinzip. Dort, wo eine qualifizierte Beratung durch andere mit Steuermitteln und Beitragsmitteln bereits stattfinde, müsse das nicht auch noch der Landeshaushalt finanzieren. Diese Debatten müsse man fachlich und politisch führen.

Dietmar Schulz (PIRATEN) schließt nicht aus, dass von seiner Fraktion zur dritten Lesung weitere Änderungsanträge vorgelegt würden. Das, was seine Fraktion heute beantrage, greife im Prinzip das Angebot der Landesregierung auf, die Hand für mögliche Kooperationen auszustrecken. Seine Fraktion greife die Hand in Bereichen auf, die sie für sinnvoll halte, dokumentiert durch die heute vorgelegten Anträge.

Bezüglich der Förderprogramme sei es seiner Fraktion ein Anliegen, sehr konkret zu werden und nicht allgemein einfach um 100 oder 200 Millionen € zu kürzen. Man müsse schon in die Details gehen und sagen, welche Förderprogramme betroffen seien. Nur so könne man sachgerecht darüber befinden, was sinnvoll sei.

Die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen seien bestrebt – wie alle Oppositionsfraktionen auch –, den Haushalt so weit zu konsolidieren, dass sukzessive damit gerechnet werden könne, dem verfassungsgemäßen Petitum gerecht zu werden, 2020 die Schuldenbremse einzuhalten. Das werde auch mit der mittelfristigen Finanzplanung ausgesagt. Ob das unterm Strich alles hinkomme, sei eine andere Frage. Auch was auf dem Papier schön aussehe, werde oftmals von der Realität überholt. Das sollte man im Auge haben.

Gleichwohl dürfe es nicht zulasten der Menschen in diesem Land gehen. Daher sollte man nicht eine rein parteipolitisch geprägte Politik, sondern eine auf Konsens ausgerichtete und die Menschen berücksichtigende Politik verfolgen, die nicht nur darauf ausgerichtet sei, Zahlenwerke zu kreieren, die irgendwann passten, sondern die die Zukunftsperspektiven auslote und entsprechende Dinge auf den Weg bringe.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) führt aus, Dr. Optendrenk erwecke den Eindruck, dass die Vorschläge der CDU-Fraktion im Wesentlichen fachlich diskutabel wären.

Er habe kein Problem damit, etwa über die Frage zu diskutieren, ob man bei der Polizei über gewisse Reformschritte Personal einsparen könne, indem Verwaltungsaufgaben von anderen Personen wahrgenommen würden als von an der FH ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten. Nur umfasse das Volumen der Anträge über 900 Millionen €, um die Haushaltspositionen vermindert werden sollten. Davon seien die wesentlichen Posten schlichte Luftbuchungen.

Immerhin habe es die CDU geschafft, auf den wichtigsten Mehreinnahmenvorschlag in Höhe von 560 Millionen € aufgrund eines nicht existenten Doppelbesteuerungsabkommens mit der Schweiz mit unterstellten Steuermehreinnahmen für die Bundesrepublik Deutschland von über 2 Milliarden € zu verzichten. Er rechne es der CDU hoch an, dass sie diesen Schritt vollzogen habe, nachdem die Presse das entsprechend kommentiert habe.

Wenn die CDU nun die Erweiterung auf die landesgesetzlichen Maßnahmen vornehme, was er für sachgerecht halte, dann müsse sie sich der politischen Diskussion stellen. Ein wesentlicher Punkt bei den Förderprogrammen seien die 1,3 Milliarden €, die auf das Thema Ersatzschulfinanzierung entfielen. Darüber könne man gerne reden. Dann sollte die CDU auch mit offenen Karten spielen und sagen, dass sie bei der Ersatzschulfinanzierung 20 % oder 260 Millionen € einsparen wolle – möglicherweise sogar noch mehr, um gleichzeitig bei anderen, der CDU wichtigen Programmen weniger zu sparen. Die CDU müsse auch sagen, ob sie den Kinder- und Jugendförderplan, unter vehementer Forderung der CDU auf 100 Millionen € festgelegt, um 20 Millionen € reduzieren wolle, um das für die Konsolidierung einzusetzen.

Herr Kollege Zimkeit habe eben darauf hingewiesen, dass die CDU deutlich sagen müsse, dass es ihr wichtiger sei, Studienbeiträge und Kita-Beiträge wieder einzuführen, als bundespolitisch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes vorzunehmen – das wäre ja eine mögliche Kompensation für die Länder –, und dass es ihr wichtiger sei, mittelständische und kleine Einkommen mit Beiträgen zu belasten, um Steuererhö-

hungen an anderer Stelle nicht vorzunehmen. – Dies gelte in verschärfter Form natürlich auch für die FDP.

Wenn die CDU dies so vorschläge, müsse sie ihren Fachpolitikern auch erklären, dass das Auswirkungen auf ihre Bereiche hätte. Wenn es nach dem Konzept der CDU 4 % weniger, am Ende sogar 20 % weniger für den Sport geben solle, dann seien das 5 Millionen € weniger für den LSB. Wenn sie den Haushaltsantrag zu Titel 686 60, der Projektförderung im Sport, stelle, dann müsse sie den Kolleginnen und Kollegen auch sagen, dass sie 3,5 Millionen € dort sparen müssten. Sonst kämen sie auf dumme Gedanken und behaupteten in Pressemitteilungen, Rot-Grün spare 1 Million € beim Sport ein, vergäßen aber, dass die CDU dort 7 Millionen € sparen wolle. Das müsse die CDU offen sagen. Natürlich könne man darüber diskutieren, ob man dort stark kürze oder woanders einen Schwerpunkt setze, aber mit offenem Visier. Das unterscheide die Koalition von der CDU.

Die CDU wisse, dass die Studienbeiträge und auch die Kita-Beiträge in Nordrhein-Westfalen nicht wieder eingeführt würden und dass Rot-Grün auch nicht solche Luftbuchungen wie zum Schweizer Steuerabkommen vornehmen würde, sodass ihr Kartenhaus im Wesentlichen zusammenbreche.

Wenn die CDU ein ernsthaftes Interesse an einer fachlichen Diskussion hätte, dann hätte sie mit den regierungstragenden Fraktionen über Themen wie Sport oder auch die Polizeistrukturereform ernsthaft reden können. Er bekomme im Innenausschuss immer nur mit, dass die Kollegen von der CDU, sobald das Thema Strukturreform ohne Zielvorgaben mit Blick auf die Kostendämpfung diskutiert werde, auf die Barrikaden gingen. Herr Biesenbach, Herr Laschet und der Fraktionsvorsitzende der CDU sähen sofort die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen gefährdet. So sei das Niveau der CDU in diesem Land. Ihr Paket sei in einigen Teilen durchaus bedenkenswert, aber in der großen Masse substanzlos.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) weist darauf hin, dass die Anträge, die seine Fraktion vorlege, von der Fraktion einstimmig beschlossen worden seien. Sie seien alle im Detail diskutiert worden. Dabei sei der Kinder- und Jugendförderplan aus den internen Kürzungsüberlegungen ausdrücklich herausgenommen worden, sodass es stimme, dass da ein Schwerpunkt liege. Das, was nicht verändert werden solle, sei natürlich auch nicht mit Haushaltsänderungsanträgen unterlegt worden.

Zu der Zeit des Kabinettsbeschlusses über den Haushaltsentwurf habe der Bundesrat das Schweizer Steuerabkommen noch nicht endgültig abgelehnt gehabt. In ihren Überlegungen, was man beim Haushaltsplan hätte anders machen können, die im Januar veröffentlicht worden seien, habe die CDU das zugrunde gelegt, was sie getan hätte, wenn sie regiert hätte und es im Bundesrat hätte entscheiden können.

Da es zum heutigen Zeitpunkt zwischen Bundestag und Bundesrat keine Möglichkeit mehr gebe, das von der Bundesregierung ausgehandelte Steuerabkommen zu verabschieden, habe seine Fraktion konsequenterweise und seriöserweise keinen entsprechenden Antrag mehr gestellt, weil dieser rein hypothetisch wäre.

Nun wäre es schön, wenn die regierungstragenden Fraktionen den Mut hätten, konkrete Kürzungsvorschläge, die das Land in Richtung Schuldenbremse voranbrächten, vorzulegen – über das hinaus, was die Regierung an Nicht-Kürzungen vorgelegt habe. Das, was eigentlich das Effizienzteam hätte beitragen sollen, dann aber aus den Ressorts an Kürzungen in Höhe von 152 Millionen € gekommen sei, sei ja tagelang so in die Medien gespielt worden, als wäre das ein zusätzlicher Einsparbeitrag der Landesregierung oder der Koalitionsfraktionen. – Er sei gespannt auf die zusätzlichen Kürzungsanträge zur dritten Lesung und freue sich auf die Beratung.

Abstimmungen über die Änderungsanträge

Vorsitzender Christian Möbius ruft die Änderungsanträge anhand der im Ausschuss verteilten Tischvorlage einzeln zur Abstimmung auf.

(Alle in der heutigen Sitzung gestellten Änderungsanträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse sind den Berichten des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksachen 16/2100 bis 16/2107, 16/2109 bis 16/2115 und 16/2120 – zu entnehmen. In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Diskussionsbeiträge wiedergegeben.)

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

Zu: Kapitel 20 020 Titel 697 00

Antrag der Piratenfraktion

Dietmar Schulz (PIRATEN) zitiert aus dem Koalitionsvertrag:

„Insbesondere im Hinblick auf die ungeklärte Finanzierung des Rückbaus des THTR werden wir die früheren Betreiber bzw. Rechtsnachfolger und Eigentümer in die finanzielle Verantwortung nehmen.“

In einer Antwort von Minister Remmel auf die Nachfragen seiner Fraktion vom Dezember 2012 heiße es, der Vertrag werde zurzeit verhandelt. Auch werde verhandelt, wie das Land von der Belastung im Zusammenhang mit dem Rückbau in Hamm-Uentrop wieder herunterkomme.

Allerdings sei von den Vertragspartnern der Rahmenvertrag nicht offengelegt worden. Andere Verträge wie zum Beispiel der Vertrag zwischen der Staatskanzlei und awato würden allerdings offengelegt, obwohl in dem Vertrag Verschwiegenheitsklauseln enthalten seien. Hier sei alles sehr geheim und intransparent. Seine Fraktion wüsste gerne, wie der Stand der Dinge sei. Mit dem Antrag wolle die Piratenfraktion der Regierung helfen. Die Gelder sollten einfach gestrichen werden.

Wenn das Land verhandele, dass es aus den Verpflichtungen herauskomme, dann würde das unterm Strich heißen, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen vertragswidrig verhalten wolle. Wenn der Vertrag aber nicht ohne Weiteres, schon gar nicht einseitig, aufgelöst werden könne, dann sei natürlich zu fragen, warum Rot-Grün in den Koalitionsvertrag hineinschreibe, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen davon entlasten wolle.

Seine Fraktion greife das auf und beantrage, das Land von den Kosten in Höhe von 4 Millionen € – gemäß der Verpflichtungsermächtigung seien es für die nächsten Jahres 32 Millionen € – zu entlasten. Er gehe davon aus, dass es im Laufe des Jahres 2013 möglich sein müsse, hier Klarheit zu gewinnen.

Er könne sich gut vorstellen, dass alle Fraktionen diesen Antrag mittragen könnten. Vielleicht gebe es sogar die Möglichkeit, fraktionsübergreifend einen Weg zu finden, die Verträge aufzulösen oder umzugestalten, jedenfalls Gespräche mit den Betreibern und Eigentümern zu führen, um letztendlich dazu zu kommen, dass ein vernünftiger Weg für das Land Nordrhein-Westfalen herauskomme.

Vorsitzender Christian Möbius macht darauf aufmerksam, dass in der Begründung des Antrags stehe, Eigentümer sei PricewaterhouseCoopers. – PwC errechne nur die fälligen Zahlungen, sei aber mit Sicherheit nicht Eigentümer des Hochtemperaturreaktors.

Stefan Zimkeit (SPD) meint, das könne man ja noch korrigieren.

Der Unterschied sei vor allem: Die Piraten wollten den Sachstand erfragen, stellten aber sofort einen Haushaltsantrag. Die SPD-Fraktion stelle, wenn überhaupt, nur einen Haushaltsantrag, wenn sie den Sachstand kenne.

Dietmar Schulz (PIRATEN) erwidert, der Sachstand sei nicht klar, weil die Verhandlungen und die Verträge geheim seien. Fragen über den Sachstand würden abschlägig beschieden mit den Worten, es gebe keine Auskunft. Unterlagen würden nicht vorgelegt. Es gebe keinerlei Erkenntnisse.

Wenn derart intransparent operiert werde, dann habe seine Fraktion mit einem Haushaltsansatz von 4 Millionen € bzw. einer Verpflichtungsermächtigung von 32 Millionen € für das Land Nordrhein-Westfalen ein ernsthaftes Problem. Wenn die Sachen offengelegt würden, könne man das prüfen. Wenn nicht, gebe es dafür keinen Haushaltsansatz. Wenn man es nicht einsehen könne, seien es Blindbuchungen. Solange dies der Fall sei, könne seine Fraktion den Ansatz nicht mittragen.

Zu: Kapitel 20 650 Titel 575 10

Antrag der CDU-Fraktion

Dietmar Schulz (PIRATEN) möchte von den Vertretern des Finanzministeriums wissen, ob bestätigt werden könne, dass gegenüber der Haushaltsaufstellung alleine aufgrund der Zinssituation eine solche Reduzierung des Baransatzes denkbar und möglich sei.

StS Dr. Rüdiger Messal (FM) antwortet, wenn das Zinsniveau so bleibe wie gegenwärtig, sei so etwas in der Tendenz richtig.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) gibt zu bedenken, bei diesem Titel würden die Schulden mit Zinsen bedient, bei denen die Darlehen schon 2012 oder früher aufgenommen worden seien, sodass im Regelfall alle Zinszahlungen schon feststünden, und zwar aufgrund des Zinsniveaus der Vergangenheit, zu dem das Land abgeschlossen habe, wobei das Land das in der Regel entweder festverzinslich oder variabel mit Hedge oder Swap mache. Insofern stehe die Belastung fest.

Die CDU-Fraktion habe die Zinsentwicklung des Jahres 2012 im letzten Quartal zugrunde gelegt, habe das fortgeschrieben und befinde sich von daher auf der sehr vorsichtigen Seite.

Dietmar Schulz (PIRATEN) fragt sich, warum das Finanzministerium – wenn die CDU schon herausfinde, dass es so sei – das nicht in den Haushalt einrechne. Das Zinsniveau sei nicht erst in den letzten Monaten entstanden, sondern seit fast über einem Jahr schon so. Ihn wundere es, dass es hier nicht im Ansatz enthalten oder im Bereich der globalen Minderausgabe berücksichtigt worden sei.

StS Dr. Rüdiger Messal (FM) hält fest, die Landesregierung habe ihren Entwurf am 30. Oktober im Kabinett beschlossen. Da seien die Zahlen eingesetzt worden, die nach Einschätzung der Landesregierung realistisch seien. Dass sich mittlerweile eine andere Entwicklung einstelle, sei möglich. Er verweise auf den damaligen Einschätzungszeitpunkt. Die Landesregierung stehe zu den Zahlen, die sie vorgelegt habe.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) gibt zu bedenken, dass es sich hier um eine Position handele, die unproblematisch sei. Wenn man die 55 Millionen € nicht brauche, würden sie auch nicht genutzt. Dass das Finanzministerium absichtlich höhere Abschlüsse tätige, werde sicherlich niemand dem Finanzminister unterstellen.

Zu: Kapitel 20 650 Titel 575 20

Antrag der CDU-Fraktion

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) weist darauf hin, dass eine Auswertung der abschließenden Zahlen des Jahres 2012 im Januar noch nicht habe vorgenommen werden können. Dies sei mithilfe der Vorlage zwischenzeitlich möglich geworden. Der Beschluss der CDU-Fraktion, den Ansatz bei Titel 575 10 um 55 Millionen € zu reduzieren, sei aber zuvor bereits veröffentlicht worden.

Darauf basierend habe man sich die Deckungskreise noch einmal genauer angeschaut. Auch der Herr Staatssekretär habe vorhin vorsichtig bestätigt, dass es möglich sein könne, an der einen oder anderen Position des gesamten Zinstitels noch etwas Luft herauszunehmen. Weil es eben diese Deckungskreise gebe, habe man sich aus Kommunikationsgründen überlegt, bei den 55 Millionen € zu bleiben, bei Titel 575 20 jedoch die 40 Millionen € auf null zu setzen.

Das Ganze sei gegenseitig deckungsfähig und solle es auch bleiben; daher komme man im gesamten Zinstitel zu dem gewünschten Ergebnis. Im Titel 575 20 könnten natürlich Ausgaben anfallen, auch wenn sie in der Vergangenheit deutlich niedriger gewesen seien als die von der Landesregierung veranschlagten 40 Millionen €.

Haushaltsgesetz**Zu: § 2 Abs. 4**

Antrag der Piraten-Fraktion

Dietmar Schulz (PIRATEN) erläutert, es gehe im Wesentlichen um eine Änderung im Bereich der Kreditzinsfinanzierung.

Grundlage sei eine lebhafte Diskussion, die man im vergangenen Jahr bei einer Ausschusssitzung im Zusammenhang mit dem Haushalt 2012 geführt habe. Dabei sei es um die Frage gegangen, ob seitens der Landesregierung Spekulationsgeschäfte durchgeführt worden seien, und wenn ja, in welcher Höhe.

Mittlerweile wisse man, dass solche Geschäfte getätigt würden. Man habe das Ganze bis zum Jahr 2000 zurückverfolgt. Immer wieder einmal würden Geschäfte zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken durchgeführt. Gemäß der aktuellen Rechtslage könnten Spekulationsgeschäfte durchgeführt werden, die nicht zwingend an die Höhe der Kreditgeschäfte gekoppelt seien.

Das Finanzministerium habe inzwischen erkannt, dass vor dem Hintergrund des in Frage stehenden Passus solche Spekulationsgeschäfte möglich seien. Die Piratenfraktion verweise darauf, dass ähnliche Klauseln in anderen Länderhaushaltsgesetzen enthalten gewesen seien. Diese seien jedoch, wie beispielsweise in Baden-

Württemberg, geändert worden, um eine Spekulationsbremse in das Haushaltsgesetz einzubauen.

Vorsitzender Christian Möbius möchte über den Antrag abstimmen lassen.

Daraufhin stellt **Dietmar Schulz (PIRATEN)** klar, mit dem Antrag sei es den Piraten darum gegangen, im Rahmen der zweiten Lesung einen Anstoß zur Diskussion zu geben. Sonst hätte man ihn auch ins Plenum einbringen können, mit der Bitte um Überweisung in den Ausschuss.

Daher spreche er sich gegen eine Abstimmung am heutigen Tage aus; vielmehr schlage er vor, weiterhin über den Antrag zu diskutieren und gegebenenfalls zur dritten Lesung über ihn abzustimmen.

Vorsitzender Christian Möbius weist darauf hin, dass der Antrag als zurückgezogen gelte, wenn er diesmal nicht zur Abstimmung gestellt werde. Dann könne er bei der dritten Lesung erneut zur Abstimmung gestellt werden.

Dietmar Schulz (PIRATEN) bejaht diese Vorgehensweise. Er befürworte überdies eine Diskussion auf Referentenebene. – **Stefan Zimkeit (SPD)** lehnt eine Diskussion über diesen Antrag auf Referentenebene ab. – **Dietmar Schulz (PIRATEN)** verbittet sich Polemik und wünscht, die Diskussion auf die sachliche Ebene zurückzuführen.

Ralf Witzel (FDP) möchte von der Landesregierung wissen, wie diese die vom Kollegen Schulz vorgetragene Argumentation bewerte.

StS Dr. Rüdiger Messal (FM) erläutert, das Finanzministerium habe den vorliegenden Antrag erst im Laufe des Vormittags erhalten; daher sei nur eine kurze erste Stellungnahme möglich.

Die Landesregierung sehe keinen Änderungsbedarf; denn es würden keine Spekulationsgeschäfte betrieben. Der Landesrechnungshof habe das bisherige Verhalten der Landesregierung im Hinblick auf die gesetzlichen Bestimmungen auch nicht beanstandet.

Vorsitzender Christian Möbius stellt fest, dass die antragstellende Fraktion den Antrag nicht zur Abstimmung stelle.

Einzelplan 03: Innenministerium

Dietmar Schulz (PIRATEN) stellt im Einzelplan 03 keine Änderungen seitens der Landesregierung fest, obwohl sie von den Koalitionsfraktionen noch für die dritte Lesung angekündigt worden seien.

Er verweise auf den Diskussionspunkt, der bei der HFA-Klausurtagung eine Rolle gespielt habe. Dort habe man eine Nachfrage im Zusammenhang mit der Asylpolitik gestellt. Es sei ausgeführt worden, dass es die Fachressorts zum Zeitpunkt der Drucklegung des ersten Haushaltsentwurfs nicht mehr in der Hand gehabt hätten, hier noch Änderungen vorzunehmen.

Zwischenzeitlich sei einiges geschehen. Die Landesregierung habe seinerzeit bestätigt, dass mit Blick in die Zukunft eine Anpassung erfolgen werde. Man befinde sich nun in der zweiten Lesung. Bislang seien jedoch keine Anpassungen im Kapitel 030 bei den relevanten Titeln 547 10, 684 10 und 684 20 erfolgt. An die Landesregierung gehe nun die Frage, wie es um die dringend erforderlichen Änderungen bei der Mittelzuführung im Bereich der Asylsituation in den Kommunen bestellt sei.

MR Ursula Steinhauer (MIK) führt aus, dass weiterhin ein großer Bedarf bestehe. Insofern gelte das bei der Tagung Gesagte nach wie vor. Nach ihrer Kenntnis befänden sich Fraktionsanträge in der Vorbereitung.

Vorsitzender Christian Möbius fragt nach, ob somit zur dritten Lesung noch Anträge zu erwarten seien. – **MR Ursula Steinhauer (MIK)** bestätigt, dass seitens der Regierungsfractionen Anträge unterwegs seien; so habe sie es zumindest gehört.

Vorsitzender Christian Möbius hält es nicht für notwendig, jetzt zu spekulieren. Vielmehr solle man die dritte Lesung abwarten.

Dietmar Schulz (PIRATEN) dankt für die Auskunft. Allerdings fehle ihm der Glaube. Ihm sei seitens der Regierungsfractionen keine Anfrage bekannt, die sich mit Erkenntnissen der Ministerien hinsichtlich der Lageentwicklung und Prognosen für die Kosten beschäftige.

Sicherlich könne man irgendwelche Kosten annehmen, das setze aber voraus, dass man seitens der Fachministerien oder Bundesämter beispielsweise über Asylanten- oder Flüchtlingsströme in Kenntnis gesetzt werde. Nur dann sei es möglich, die tatsächlichen Kosten zu ermitteln und einen sinnvollen Haushaltsantrag zu stellen.

Von daher bleibe das Problem zunächst bei den Ministerien hängen, denn diese hätten bei der Klausurtagung zugesagt, die Zahlen zu ermitteln und vorzulegen. Wenn das Ministerium noch nicht sagen könne, mit welchen Asylanten-, Flüchtlings- oder Zuwandererströmen – beispielsweise aus Bulgarien – zu rechnen sei, würde ein Antrag quasi ins Blaue hinein gestellt.

Solche Ströme seien in einigen Kommunen inzwischen bereits angekommen. Er verweise auf Duisburg, wo es mittlerweile erhebliche Probleme gebe. Die Kommunen seien in hohem Maße belastet, und das werde sich im Laufe des Jahres noch ausweiten.

Vorsitzender Christian Möbius erinnert in diesem Zusammenhang an den „kleinen Dienstweg“.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) möchte die Bitte des Kollegen Schulz für seine eigene Fraktion dahin gehend konkretisieren, dass die Landesregierung um Mithilfe bei der Vorbereitung eines entsprechenden Antrags für die dritte Lesung gebeten werden solle. Hierzu würden Formulierungshilfen und aktuelle Zahlen benötigt.

Möglicherweise könne dies fraktionsübergreifend geschehen. Nach der Übung der Beratungen für den Haushalt 2012 würden sicherlich alle gerne diese Informationen und Hilfen in Anspruch nehmen. Dann sei es vielleicht möglich, einen gemeinsamen Antrag zur dritten Lesung zu stellen.

MR Ursula Steinhauer (MIK) weist darauf hin, dass seitens des Ministeriums durchaus Zahlen genannt werden könnten. Ihr lägen folgende Zahlen vor:

Im August letzten Jahres sei das BAMF noch von Zugangszahlen für Erstantragssteller zwischen 54.000 und 64.000 pro Jahr ausgegangen. Im Oktober sei dann die Aussage auf eine prognostizierte Zugangszahl von monatlich 9.000 korrigiert worden; das entspreche einer Zahl von 108.000 Erstanträgen pro Jahr. Dies bedeute gegenüber dem Jahr 2011 eine Steigerung der Erstantragszahl um 136 %, mithin eine immense Steigerung.

Auf entsprechende Nachfrage von **Dietmar Schulz (PIRATEN)** stellt **MR Ursula Steinhauer (MIK)** klar, es handele sich um Bundeszahlen. – **Dietmar Schulz (PIRATEN)** möchte die auf Nordrhein-Westfalen heruntergebrochenen Zahlen wissen. – Hierzu kann **MR Ursula Steinhauer (MIK)** derzeit keine Auskunft geben.

Stefan Zimkeit (SPD) merkt an, dass er bei Formulierungen wie „Flüchtlingsströme“ immer ganz nervös werde. Man solle mit derlei Begrifflichkeiten eher vorsichtig umgehen; sie würden von anderen Gruppierungen gerne instrumentalisiert.

Vielleicht wisse das Ministerium ja etwas über Anträge, weil bereits wegen Formulierungshilfe angefragt worden sei. – Ansonsten biete er an, diese Haushaltsproblematik möglicherweise durch gemeinsame Anträge zu lösen.

Zu: Kapitel 03 020 Titel xxx xx

Antrag der Piratenfraktion

Robert Stein (PIRATEN) verweist darauf, dass die Landesregierung das Konzept des Open Government auf Landesebene zur Chefsache erklärt habe. Im vorliegenden Antrag gehe es darum, das Konzept „Open NRW“ modellhaft in die Kommunen zu tragen und dort vorzuleben, sodass die Menschen es quasi am eigenen Leibe erfahren könnten. Mithilfe einer moderaten Summe solle das moderne Zeitalter in den Kommunen eingeläutet werden.

Er werbe um Zustimmung, um den Menschen vor Ort die demokratische Teilhabe sowie die Teilhabe an der Politik zu ermöglichen. Aus den gesammelten Erfahrungen sollten Schlüsse gezogen werden, um das in Zukunft weiter auszubauen.

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Ralf Witzel (FDP) hat noch eine Frage zum Thema „Entlastungsstunden“ Dies habe in den verschiedenen Debatten mit den Verbänden und bei Anhörungen immer wieder eine Rolle gespielt. Das Ganze gestalte sich deshalb etwas schwierig, weil es viele Töpfe für Entlastungsstunden gebe: Vormerkungen für Leitungsaufgaben in Schulen genauso gut wie allgemeine Töpfe, aus denen sich Schulen vor Ort bedienen.

Von den Verbänden und von den Schulen habe es unterschiedliche Informationen gegeben, mit Schwankungen im Gesamtvolumen zwischen 8.000 und 12.000 Vollzeitstellenäquivalenten, die durch Entlastungsstundenkontingente zustande kämen.

Bislang habe man dieses Thema nicht angesprochen, da man gedacht habe, eine Antwort ginge aus den Verordnungen hervor. Um keine Unsicherheiten entstehen zu lassen, bitte er um Auskünfte zu den Entlastungsstundenkontingenten und die aggregierte Summe in Vollzeitlehrerstellenäquivalenten.

MR Nicole Michels (MSW) schickt vorweg, dass sie nichts Abschließendes dazu sagen könne. Zum Teil seien die Entlastungsstunden in der Schüler-Lehrer-Relation einberechnet, das betreffe die Entlastungskontingente, die sich an der Schule für bestimmte Aufgaben ergäben, wie beispielsweise die Pflege der Schulbibliothek. Dieses Entlastungskontingent berechne sich nach der Größe der Schule, also der Anzahl der Grundstellen.

Parallel dazu gebe es – das sei in der Verordnung zu § 93 SchulG geregelt – einen Entlastungstopf für die Schulleitung. Auch dieser bemesse sich im Wesentlichen nach der Grundstellenzahl; dazu gebe es verschiedene Regelungen. In diesem Bereich habe man in den vergangenen beiden Jahren die Leitungszeit erhöht.

Die Frage zum Gesamtkomplex der Entlastungsstunden könne sie ad hoc nicht beantworten.

Ralf Witzel (FDP) bemerkt, dies habe man den Verordnungen genauso entnommen. Da man bei den Berechnungen jedoch Schwierigkeiten gehabt habe, bitte er darum, Plausibilitätsüberlegungen mitzuteilen. Dies könne auch im Nachgang zur Sitzung erfolgen. Er wolle nachvollziehen können, wie das Ministerium auf die Größenordnungen für die einzelnen Säulen der Entlastungskontingente gekommen sei.

Es handele sich um relevante Größen für schulorganisatorische Fragen. Auch seine Fraktion schaue in den Rechtsverordnungen nach, könne aber mit den vorgegebenen Zahlen keine passende Umrechnung in Vollzeitstellen vornehmen. Daher bitte er um eine erläuternde Vorlage an den HFA.

Vorsitzender Christian Möbius äußert den Wunsch, dass eine solche Vorlage möglichst noch vor der dritten Lesung erstellt werde.

Zu: Kapitel 05 020 Titel xxx xx

Antrag der Piratenfraktion

Dietmar Schulz (PIRATEN) führt aus, bei dem Ideenwettbewerb für Schulbücher unter freier Lizenz gehe um ein Modellprojekt mit möglicherweise sehr weitreichender Wirkung, nämlich eventuell mit Pilotcharakter für die Bundesrepublik insgesamt. Das Anliegen sei die Veröffentlichung von Wissen unter freien Lizenzen, um einen freien Zugang zu Wissen und Wissensressourcen zu ermöglichen.

Dies könne man im Bereich des Schulbuchwesens exemplarisch angehen, und zwar für ein Sprach- und Lesebuch und Mathematikbuch für die Jahrgangsstufe 1 der Grundschule. Das Projekt könne dann als Evaluierungsgrundlage herangezogen werden, um für die mittel- bis langfristige Planung im Bereich der Lernmittelfreiheit einen innovativen Zukunftsweg zu weisen.

Zu: Kapitel 05 300 Titel 527 30

Antrag der CDU-Fraktion

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) stellt fest, an den Schulen sei eine große Unsicherheit entstanden, was aufgrund der Rechtsprechung eine dienstliche Veranstaltung sei. Vor Ort müsse dies durch die Schulleitungen ausgetragen werden. Bei Schulkollegien, Eltern und Schülern bestünden große Unklarheiten. Nach Auffassung der CDU-Fraktion müsse schnellstmöglich Rechtsklarheit hergestellt werden. Dazu blieben nach der Rechtsprechung nicht viele Möglichkeiten übrig – es sei denn, die Landesregierung wolle von dem bisherigen System der Schulwanderungen und Schulfahrten komplett abrücken; dazu gebe es bisher aber keine Initiativen.

Die Rechtsklarheit könne dadurch hergestellt werden, dass man den Haushaltsansatz erhöhe, wie seine Fraktion es beantrage. Landesregierung und Regierungsfrak-

tionen sollten sich dem schnell anschließen, sonst heiße das Motto der Regierung demnächst: Wir lassen kein Kind zurück – außer bei Klassenfahrten.

Robert Stein (PIRATEN) erbittet eine Einschätzung des Ministeriums bezüglich der Zahlen.

Ralf Witzel (FDP) möchte wissen, ob der Ausgabenansatz im Haushaltsentwurf 2013 für die Maßnahmen in diesem Jahr ausreiche und wie viel davon bereits durch schon ausgesprochene Genehmigungen gebunden sei. Aufgrund der Gerichtsentcheidung seien ja bestimmte Ausgaben unabweisbar.

MR Nicole Michels (MSW) trägt vor, das Ministerium versuche bei den Bezirksregierungen Zahlen zu bekommen, um Klarheit über die Höhe der Bugwelle aus dem letzten Jahr zu erhalten, die sich ja aufgrund der Rechtsprechung ergeben habe. Man müsse davon ausgehen, dass der Ansatz im Haushaltsentwurf nicht ausreichen werde. Bislang lgen aber keine Erkenntnisse vor, wie hoch der Ansatz sein müsste.

Ralf Witzel (FDP) bittet zu bestätigen, dass dann, wenn vom Dienstherrn genehmigte Fahrten stattgefunden hätten oder eine entsprechende Genehmigung erteilt worden sei, die Kosten zu 100 % getragen würden. – **MR Nicole Michels (MSW)** geht davon aus, dass die den Lehrkräften durch Schulwanderfahrten entstehenden Reisekosten vom Dienstherrn getragen werden müssten.

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung

Zu: Kapitel 06 100 Titel 685 60

Antrag der Piratenfraktion

Robert Stein (PIRATEN) bemerkt dazu, nach Meinung seiner Fraktion sei es eine wichtige Angelegenheit, Wissen frei zugänglich zu machen. Dafür solle eine zentrale Open-Access-Plattform mit relativ bescheidenen Mitteln aufgebaut werden. Dies diene dem Informationsfluss, der Wissenschaft an sich, und mittel- bis langfristig sei es ein Vorteil für alle, die von der Wissenschaft profitierten, nicht zuletzt auch für die Wirtschaft.

Heike Gebhard (SPD) entgegnet, die Idee einer Open-Access-Plattform sei gut, und deshalb habe man sie schon 2004 verfolgt. Seitdem gebe es bereits eine entsprechende Plattform, nämlich „Digital Peer Publishing NRW“. Dort sei es Wissenschaftlern möglich, ihre Erkenntnisse zu publizieren, öffentlich zu machen und dabei Hilfestellung zu bekommen. Die Zentralbibliotheken pflegten diese Seiten. Vielleicht sollte

man einmal schauen, ob es nicht schon genau das gebe, was sich die Piraten wünschten.

Einzelplan 07: Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Zu: Kapitel 07 040 Titel xxx xx

Antrag der Piratenfraktion

Robert Stein (PIRATEN) bezeichnet es als fraglich, dass der Rechtsanspruch auf einen U3-Platz ab dem 1. August dieses Jahres überall erfüllt werden könne. Um den Kommunen zu helfen und ihnen bei der drohenden Klagewelle finanziell unter die Arme zu greifen, solle mit diesem neuen Titel ein Hilfsfonds eingerichtet und mit 5 Millionen € ausgestattet werden.

Stefan Zimkeit (SPD) bemerkt, in der Begründung des Antrages sei auch von der Einrichtung einer Beratungsstelle die Rede. Wer sich mit dem Thema auskenne, wisse, dass in allen Kommunen die Eltern beraten würden, wie sie ihr Ziel erreichen könnten. Im Übrigen sehe seine Fraktion keine Klagewelle, sondern gehe davon aus, dass die zugesagte Anzahl von Plätzen im U3-Ausbau geschaffen werde.

„Wenn wir 5 Millionen € mehr investieren wollten, würden wir sie eher in den Ausbau der Plätze stecken“, ergänzt **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)**.

Demgegenüber meint **Dietmar Schulz (PIRATEN)**, die bundesweiten Erhebungen gingen von einem Bedarf von durchschnittlich 32 % der U3-Berechtigten aus. In den Ballungszentren, insbesondere im Ruhrgebiet, werde man mit einer solchen Ausstattung aber nicht klarkommen; teilweise gebe es schon Erkenntnisse über einen Bedarf von 60 %. Die gewünschten Plätze zu schaffen, sei ein hehres Ziel und sicherlich auch wünschenswert; seine Fraktion gehe aber davon aus, dass in den verbleibenden sechs Monaten das Gap zwischen der vorhandenen Platzzahl und dem Bedarf nicht geschlossen werden könne, sodass es sehr wohl einen erhöhten Beratungsbedarf geben und auch zu einer Klagewelle kommen werde.

Da die nächste Erhebung des Bedarfs im März erfolgen werde, könne es vielleicht sein, dass man schon zum Zeitpunkt der dritten Lesung von anderen Bedarfswerten ausgehe, sodass man darüber noch einmal reden könne.

Zu: Kapitel 07 049 Titel 633 10

Antrag der CDU-Fraktion

Stefan Zimkeit (SPD) bemerkt zu diesem Antrag auf Reduzierung des Baransatzes um 74.542.400 €, seine Fraktion habe in dieser Frage auch Diskussionsbedarf, könne die Notwendigkeiten aber noch nicht beziffern. Deshalb bitte sie, den Antrag zurückzustellen. Wenn das nicht geschehe, müsse die SPD-Fraktion ihn zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen.

Angesichts der Tatsache, dass die entsprechenden Mittel im Zuge der Haushaltsberatungen 2012 zulasten des Haushaltsansatzes 2013 vorgezogen worden seien, eine Mittelabsenkung im Haushaltsentwurf 2013 bisher aber nicht erfolgt sei, kann **Dr. Marcus Optendrenk (CDU)** den Diskussionsbedarf nicht so ganz nachvollziehen. Er halte es jedoch für richtig, am Schluss einen gemeinsamen Antrag zu stellen, und deswegen ziehe die CDU-Fraktion den Antrag zurück.

Stefan Zimkeit (SPD) stellt klar, er habe gesagt, dass seine Fraktion noch Diskussionsbedarf habe. Er habe nicht gesagt, dass es zu einem gemeinsamen Antrag kommen werde, sondern nur, dass es so sein könnte.

„Trotzdem wollen wir die Chance auf Gemeinsamkeit als ‘Opposition der Einladung’ natürlich nutzen“, bemerkt **Dr. Marcus Optendrenk (CDU)** dazu.

Vorsitzender Christian Möbius stellt fest, dass die antragstellende Fraktion diesen Antrag zurückgezogen habe.

Zu: Kapitel 07 040 Titelgruppe 67

Antrag der CDU-Fraktion

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) bittet um Entschuldigung, dass dieser Antrag erst heute vorgelegt worden sei; der Handlungsbedarf sei erst kurzfristig deutlich geworden. Aktuellen Medienberichten sei zu entnehmen, dass sexuell missbrauchte Kinder betroffen wären, wenn Nordrhein-Westfalen nicht jetzt in das Hilfesystem einsteige. Nach Auffassung seiner Fraktion sei das ein Thema, über das nicht parteipolitisch gestritten, sondern gemeinsam geredet werden sollte. Wer die Aussage „Wir lassen kein Kind zurück“ ernst nehme, könne hier ansetzen.

Wenn der Einwand erhoben werde, dass das Projekt nicht ausreichend präzisiert sei, könne er nur entgegnen: Für den Haushalt benötige man Klarheit, dass und in welcher Höhe Handlungsbedarf bestehe. Die Umsetzung müsse dann noch konkretisiert werden. Aber jetzt kein Geld in den Haushalt einzustellen, heiße, das Jahr 2013 zulasten von Menschen, die schon lange auf Hilfe warteten, verstreichen zu lassen. Die CDU-Fraktion habe den Anteil des Landes an den zu erbringenden 50 Millionen €

natürlich nur Pi mal Daumen berechnen können. Sie bitte um konstruktive Beratung und Unterstützung.

Stefan Zimkeit (SPD) hält es für keinen guten Beitrag zu einer konstruktiven Beratung, einen solchen Antrag während der Sitzung zu präsentieren, denn es handele sich um eine ernsthaft und umfassend zu diskutierende Problematik. Wenn dann hinzugefügt werde, dass die konkrete Umsetzung noch nicht präzisiert sei, entstehe der Eindruck, dass es nicht allein um diesen Ansatz gehe, sondern eher um etwas, was im Zuge einer momentan laufenden bundespolitischen Diskussion im Vorgriff auf den Wahlkampf aufgegriffen werden solle.

In den Bereichen, in denen das Land als Träger von Einrichtungen, Schulen, Vollzugsanstalten usw. Verantwortung trage, stelle es sich dieser Verantwortung einschließlich der finanziellen Konsequenzen. In den anderen Bereichen liefen im Moment kontroverse Diskussionen über Ausgestaltungs- und Finanzierungsfragen zwischen Bund und Land.

Die SPD-Fraktion halte im jetzigen Zeitpunkt einen solchen Antrag nicht für zustimmungsfähig.

Dietmar Schulz (PIRATEN) fände den Antrag zu schade, um heute über ihn abzustimmen. Von einer negativen Entscheidung werde möglicherweise ein völlig falsches Signal in die Bevölkerung hineingetragen. Die Piraten hielten es für notwendig, über das Anliegen intensiv zu beraten und es möglicherweise fraktionsübergreifend im Sinne eines runden Tisches einer Lösung zuzuführen.

Seine Fraktion würde es bedauern, heute ohne Kenntnisse über eine konkrete Ausgestaltung entscheiden zu müssen, sondern würde lieber versuchen, eine konsensuale Lösung zu erzielen, die vielleicht schon zur dritten Lesung zu einem gemeinsamen Antrag führen könne.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) hält im Grundsatz viel davon, eine solche Frage im Konsens zu lösen. Hier sei es aber so, dass viele Länder angesichts der noch offenen Fragen ihren Finanzierungsanteil noch nicht im Haushalt erbringen wollten. Er halte das für falsch. Wer meine, dass die Details, wie die Opfer Hilfe bekommen sollten, erst zwischen Bund und Land geklärt sein müssten, bevor ein Land seinen Anteil in den Haushalt einstelle – obwohl im Grundsatz seit einem Jahr klar sei, dass diese Hilfe gewährt werden solle –, der werde auch in der dritten Lesung in vier Wochen keinem Antrag zustimmen; denn bis zu dem Zeitpunkt werde mit Sicherheit keine Klärung herbeigeführt sein. Auf diese Weise werden den Opfern des sexuellen Kindesmissbrauchs also nicht geholfen.

Es gehe darum, ob Nordrhein-Westfalen 2013 überhaupt Mittel etatisieren wolle, um in der Umsetzung der Beschlüsse des runden Tisches von vor über einem Jahr konkret zu helfen, oder ob Nordrhein-Westfalen das nicht wolle. Nach Meinung der CDU-Fraktion sollte man jetzt das Signal der Umsetzung setzen.

Dietmar Schulz (PIRATEN) erklärt daraufhin, seine Fraktion müsse sich erst über die Ergebnisse des runden Tisches kundig machen, um eine sachgerechte Entscheidung treffen zu können. Sie werde sich deshalb heute enthalten.

Zu: Kapitel 07 050 – Neuer Titel

Antrag der Piratenfraktion

Dietmar Schulz (PIRATEN) macht darauf aufmerksam, bei den Hackerspaces handele es sich um moderne Formen der Zivilgesellschaft. Es gebe sie in vielen Kommunen in Nordrhein-Westfalen und weit darüber hinaus. Dabei handele es sich um kulturelle Einrichtungen, die technikorientiert seien. Deutschland als Land der Hochkultur sei auch ein Standort für Technikkultur. Diese Technikkultur zu entwickeln, diesem Anspruch diene solche Hackerspaces.

Wer das vor Ort einmal kennenlernen wolle, möge zum Fnord nach Neuss fahren. Es sei ein Zentrum bildender Kunst, der Medien, kreativer Projekte, insbesondere im Bereich der Netzwerktechnik. All dies sei auf den Wissens- und Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen ausgerichtet, um in diesen Orten die Grundlage für spätere Bildung, Ausbildung und Standards zu legen, die als Technologiestandort Nordrhein-Westfalen eine Rolle spielen sollten.

Er könne sich nicht vorstellen, dass aufgrund der beantragten Summe eine Ablehnung erfolge. Angesichts des Modellcharakters dieser Sache rede man über Kleinstbeträge. Dieses Parlament würde sich bei Annahme dieses Antrags innovativ und zukunftsorientiert zeigen, insbesondere mit Blick auf den Wissens-, Forschungs- und Bildungsstandort Nordrhein-Westfalen, was auch eine Wirkung in die gesamte Bundesrepublik haben könnte.

Heike Gebhard (SPD) möchte wissen, wie die Piraten auf die Zahl von 133.700 € gekommen seien. Aus der Tatsache, dass nach dem Antrag ein jährlicher Bedarf von 22.284 € pro Hackerspace zugrunde gelegt werde und 30 Regionen damit bedacht werden sollten, schließe sie, dass 20 % vom Land bezahlt und 80 % selber finanziert werden sollten.

Dietmar Schulz (PIRATEN) bestätigt, es handele sich nicht um eine Vollfinanzierung, sondern um notwendige projektbezogene Zuschüsse – die entsprechenden Mittel könnten aus dem privaten Bereich nicht mehr aufgebracht werden – für Renovierungen, Mietzuschüsse usw. Neugründer solcher Zentren müssten auch in ländlichen Räumen eine Ansiedlung finden können. Das sei derzeit nicht gewährleistet. In NRW gebe es bisher 13 oder 14 Hackerspaces in Großstadtgebieten. Auch mit Blick auf andere Anträge zum Beispiel im Bereich der Breitbandversorgung gehe es darum, eine Grundlage zu schaffen, damit jede Region in diesem großen Flächenland erfasst werden könne, sodass die Menschen in ganz Nordrhein-Westfalen Zugang zu diesen Möglichkeiten erhielten.

Die Beträge seien aus den bestehenden Hackerspaces ermittelt worden. Die Bedarfe orientierten sich daran. Es gehe um 20 % des jährlichen Finanzierungsbedarfs, den das Land zur Verfügung stellen müsse, um die Hackerspaces zu fördern.

Zu: Kapitel 07 060 Titel 686 60

Antrag der CDU-Fraktion

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) hat die CDU so verstanden, dass sie die Kürzungen beim Zuschuss für den LSB kritisiere, und fragt, ob das jetzt nicht mehr der Fall sei.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) erwidert, das sei weiterhin der Fall. Die Kritik richte sich darauf, dass die Regierung ihre Zusage nicht einhalte. Wenn eine Regierung nicht zuverlässig sei, müsse das kritisiert werden. Da schließe sich die CDU-Fraktion der Kritik des LSB ausdrücklich an. Zu diesem Zweck sei der Änderungsantrag zum Haushalt gestellt worden.

Einzelplan 09: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) fragt die anderen Fraktionen, ob es möglich sei, über die CDU-Anträge en bloc abzustimmen, oder ob Diskussionsbedarf zu einzelnen Anträgen vorhanden sei. – **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** und die **SPD-Fraktion** wären damit einverstanden, en bloc abzustimmen.

Ralf Witzel (FDP) widerspricht. Seine Fraktion werde wie schon bisher zu den einzelnen Anträgen ein differenziertes Abstimmungsverhalten praktizieren. Von daher bitte er, über jeden Antrag einzeln abzustimmen. – Dem schließt sich die **Piratenfraktion** an.

(Kurze Unterbrechung auf Wunsch der Piratenfraktion)

Der **Vorsitzende** teilt sodann mit, dass es deshalb Einzelabstimmungen bedürfe.

Zu: Kapitel 09 110 – Neuer Titel

Antrag der Piratenfraktion

Dietmar Schulz (PIRATEN) geht davon aus, dass der Ideenwettbewerb „Fahrscheinlose Kommune“ zumindest bei den Grünen auf Zustimmung stoßen werde, weil sie ja auch für die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs einträten. Die Piraten griffen dies auf, um in Nordrhein-Westfalen ein Zeichen zu setzen.

Es gehe darum, einen mehrstufigen Wettbewerb ins Leben zu rufen, um möglichst viele Ideen aus unterschiedlichen Regionen des Flächenlandes Nordrhein-Westfalen zu bekommen, wobei gerade die unterschiedliche infrastrukturelle Ausgestaltung im Land Nordrhein-Westfalen Erkenntnisse in Richtung Bundesgebiet liefern könne. Die Verkehrssituation Nordrhein-Westfalens könne man auf Situationen in anderen Bundesländern übertragen. In Nordrhein-Westfalen habe man es mit städtischer Infrastruktur, mit ländlichen Regionen, mit Verkehrsverbänden, aber auch mit autarken Versorgungsgebieten zu tun, was den öffentlichen Personennahverkehr angehe.

Ein solcher Wettbewerb solle Verkehrskonzepte und Lösungen aufzeigen, die letztendlich dazu führten, Nutzergruppen und Nutzungszwecke zu evaluieren, wobei die Kofinanzierung durch die Einbindung Dritter ausdrücklich erwünscht sei.

Dies sei seit Jahren eine der Kernforderungen der Piraten. Da sie das derzeit auf Bundesebene nicht ins Leben rufen könnten, halte seine Fraktion es im bevölkerungs- und verkehrsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen für erstrebenswert, zur Entlastung innerhalb der Kommunen nicht nur unter Umweltgesichtspunkten, sondern auch zur Vermeidung eines Fortschreitens des Verkehrsinfarktes Lösungen zu evaluieren, die geeignet seien, die Nahverkehrssituation zukünftig zu verbessern.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) erwidert, selbstverständlich seien die Nahverkehrsunternehmen darauf angewiesen, intelligente Systeme zu entwickeln, um mit anderen Systemen verknüpft zu werden, beispielsweise Mobilitätseinrichtungen wie Taxen, Ruftaxen usw. Die Mobilität sei zu organisieren. Es sei aber nicht Aufgabe des Landes, dafür einen Wettbewerb auszuloben, der das ermögliche, sondern es sei unternehmerische Aufgabe der Verbände, sich darum zu kümmern. Das machten sie im Übrigen auch. Er sei frohen Mutes, dass das weitergehe, weil sonst auch die Verkehrsverbände in Zukunft nicht überleben würden. Es sei keine Erfindung der Piraten, diesen Weg zu beschreiten.

Zu: Kapitel 09 500 Titel 686 00

Antrag der CDU-Fraktion

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) möchte wissen, ob auch für diesen Antrag, die Zuschüsse an die Stiftung Zollverein in Essen zu reduzieren, die Einstimmigkeit bei der CDU-Fraktion gegolten habe. – Die **CDU-Fraktion** bejaht dies.

**Einzelplan 10: Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft,
Natur und Verbraucherschutz**

Ralf Witzel (FDP) möchte einen Aspekt aus dem neuen Einzelplan 10 ansprechen, für den er im Haushaltsplan keine Herleitung gefunden habe.

Vor wenigen Tagen sei die Mitteilung von Umweltminister Remmel erfolgt, dass im Rahmen des Klimaschutz-Starterpaketes für das gesamte Jahr 2013 sämtliche öffentlichen Veranstaltungen der Landesregierung klimaneutral durchgeführt werden sollten. Die erst wenige Tage alte Vorlage enthalte eine Beschreibung, was von diesem Paket alles umfasst sein solle: Dies reiche vom klimaneutralen Catering über klimaneutrale Veranstaltungsorte, klimaneutralen Abfall, klimaneutrale Kommunikation bis hin zur klimaneutralen Logistik usw.

In diesem Zusammenhang werde darauf verwiesen, dass insbesondere wegen der Mobilitätsfrage, aber auch insgesamt die Veranstaltungskosten einer CO₂-Berechnung unterlägen und dies zu einer Kompensation führen solle. Eine solche Kompensation sei nur auf finanziellen Wege möglich. Es stelle sich nun die Frage nach der Mehrbelastung. Bei keinem der angewandten Suchalgorithmen habe man jedoch einen Hinweis auf entsprechende Kosten finden können.

Daher richte er an die zuständigen Haushälter die Frage nach dem Ausweis der Kosten. So wolle er wissen, ob künftig jedes Ressort für seine klimaneutralen Kompensationszahlungen veranstaltungsscharf Berechnungen durchführen und diese dann als Teil seiner Veranstaltungskosten aufwenden müsse oder ob es im Einzelplan 10 eine Sammelposition für diese Kosten gebe.

Hierzu wolle er ein klassisches Beispiel nennen: Ein Blick in den heutigen Presspiegel zeige, dass die „Tatkraft-Tour“ der Ministerpräsidentin beworben worden sei. Wenn nun im Rahmen eines solchen Veranstaltungskonzepts irgendein nicht klimaneutraler Bestandteil vorkomme, sei die Frage, ob die Kosten von der Staatskanzlei, aus dem Einzelplan 10, durch einen privaten Sponsor oder von sonst wem gedeckt würden.

LMR Achim Kaschny (MKULNV) erläutert, bei den Kosten, die bei solchen Veranstaltungen entstünden, handele es sich ausschließlich um Mittel der Hauptgruppe 5: Sächliche Verwaltungsausgaben. Diese seien großflächig deckungsfähig. Ihm als BdH lägen keine Informationen vor, dass dadurch Haushaltsansätze für den Haushalt 2013 verändert werden sollten.

Ralf Witzel (FDP) betont, er habe nicht unterstellt, dass Ansätze geändert würden. Er wolle jedoch im Hinblick auf das entstehende Volumen wissen, welche Kosten durch das neue Anforderungskriterium „Klimaneutralität“ im Zusammenhang mit der Durchführung von Veranstaltungen entstünden. Ein Hinweis, dass Kosten über verschiedene Titel umgebucht würden oder sich über Deckungsfähigkeiten aus dem Haushaltsplan organisieren ließen, entspreche nicht dem Prinzip einer präzisen Information des Haushaltsgesetzgebers zu einem Zeitpunkt, da der Haushalt noch nicht verabschiedet sei.

Die FDP-Fraktion interessiere, um welche Volumina es sich handele. Hierzu würden doch sicherlich Überlegungen angestellt. Dass die Kosten immer über irgendwelche Deckungsfähigkeiten hin und her geschoben werden könnten, wenn es sich „nur“ um ein paar 100.000 € pro Jahr handele, möge zutreffen. Dann könne man jedoch die

Haushaltsberatungen einstellen; dann bekäme die Landesregierung jährlich pauschal 60 Milliarden € zugeteilt und könne entscheiden, wie sie diese Gelder ausbebe.

Hier seien aber neue Anforderungen und Ziele kommuniziert worden. Der Umweltminister habe vor wenigen Tagen im Parlament mitgeteilt, dass das hinsichtlich zukünftigen Veranstaltungen so zu praktizieren sei. Die FDP-Fraktion frage nun, was das koste, und wolle – wenn sich die Zahlen und Angaben nicht aus dem Haushaltsplan ergäben – durch Unterstützung der Fachhaushälter ein Gefühl dafür gewinnen, von welchen Größenordnungen die Rede sei.

LMR Achim Kaschny (MKULNV) erklärt, dass man für derartige Veranstaltungen gerade im Einzelplan 10 an den verschiedensten Stellen Haushaltsmittel veranschlagt habe. Er bitte um Verständnis, dass er nicht ad hoc eine Antwort parat habe, sichere aber zu, so schnell wie möglich eine schriftliche Antwort zu formulieren.

Ralf Witzel (FDP) äußert dafür volles Verständnis. Immerhin handele es sich um ein ganz neues Thema. Der aktuelle Brief des Umweltministers liefere allerdings neuen Anlass, an dieser Stelle noch einmal verschärft hinzuschauen.

Immerhin sei seine Einschätzung richtig, dass es bei der Haushaltsaufstellung kalkulatorisch beim Ministerium Ansätze gebe, solche Aspekte zu etatisieren; denn Herrn Kaschny seien ja einige Stellen im Haushalt dazu eingefallen.

LMR Achim Kaschny (MKULNV) stellt klar, er habe nur gesagt, dass für solche Veranstaltungen an den verschiedensten Stellen – insgesamt in acht Abteilungen – Haushaltsmittel veranschlagt seien.

Jetzt aber en detail nachzuvollziehen, wo innerhalb der Hauptgruppe 5 möglicherweise Umschichtungen erforderlich seien, sei ihm nicht möglich. Er werde aber versuchen, die Frage so schnell wie möglich zu beantworten.

Ralf Witzel (FDP) bittet, dies mit der systematischen Antwort darauf zu verbinden, ob – unabhängig von der Betragshöhe – jedes Ressort die Kosten für eine Veranstaltung selbst trage oder ob es beim Ministerium zentral gebündelte Mittel gebe, worüber auch andere Ressorts Kostenerstattungen zum Ausgleich der Klimaneutralität geltend machen würden.

Diese Frage stelle er auch deshalb, weil es bereits einen ähnlichen Bündelungstitel für die Dienstwagenflotte gebe, ausgewiesen mit 115.000 €. Für diesen Haushaltstitel gelte zentral für alle Ressorts der Grundsatz: Mit Blick auf klimaneutrale Mobilität werde eine fahrtenbuchspezifische Berechnung darüber erstellt, welche Aufwendungen in den Ressorts durch leitende Stellen in den höchsten Landesbehörden entstünden. Der Umstand, dass das Ministerium im Haushaltsvollzug die Inanspruchnahme von 109.000 € ausweise, obwohl 115.000 € im Haushaltsplan 2012 gestanden hätten, zeige, dass das Ministerium fahrtenbuchschärf berechne, sonst hätte man die 6.000 € an jener Stelle nicht unausgeschöpft gelassen.

Er verstehe das so, dass der Einzelplan 10 mit dieser Bündelungsposition die Verantwortung für andere Ressorts gleich mit übernehme. Dies könnte ja für den Bereich „Veranstaltungen“ analog anwendbar sein. Die Frage laute insofern, ob diese Vorgehensweise auch auf die Bereiche Veranstaltungsdurchführung, klimaneutrales Catering usw. übertragbar sei. Es wäre gut, wenn die Beantwortung umfassend und so schnell wie möglich in Form einer Vorlage erfolgen könnte.

Nach der Abstimmung über die Änderungsanträge zum Einzelplan 10 erklärt **Ralf Witzel (FDP)** zum **Abstimmungsverhalten** seiner Fraktion, die FDP finde eine Reihe von Änderungsanträgen der CDU-Fraktion dem Grunde nach sinnvoll; deshalb habe man gerade mit Ja gestimmt. – Man könne sich jedoch an einigen Stellen vorstellen, ein noch größeres Volumen zugunsten des Landeshaushalts zu heben. Insofern möge man nicht überrascht sein, wenn die FDP mit zum Teil ähnlichen Kürzungsvorschlägen aufwarte, die jedoch etwas anders dimensioniert seien.

Einzelplan 11: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Zu: Gesamtabstimmung

Dietmar Schulz (PIRATEN) begründet die Stimmenthaltung der Piraten zur heutigen zweiten Lesung dahin gehend, dass es in den Fachausschüssen bei den Abstimmungen über den Einzelplan 11 unterschiedliche Voten seiner Fraktion gegeben habe. Vor diesem Hintergrund werde man versuchen, eine Konsolidierung der unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich des Haushalts herbeizuführen. Darauf gründe sich die heutige Enthaltung.

Vorsitzender Christian Möbius erläutert, dass der Einzelplan 11 im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten angenommen worden sei. – Im Integrationsausschuss habe es eine Zustimmung von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegeben, bei Gegenstimmen von CDU und FDP.

Einzelplan 12: Finanzministerium

Vor der Abstimmung über diesen Einzelplan stellt **Ralf Witzel (FDP)** eine allgemeine Frage an die Landesregierung. Ende letzten Jahres sei in Aussicht gestellt worden, eine Darstellung der Überlegungen zur OFD-Fusion zu bekommen. Die Grobplanungen sollten ja bis Dezember fertig sein, und Anfang dieses Jahres solle die Feinjustierung erfolgen. Bisher habe der Ausschuss kurze mündliche Berichte erhalten, zu den angestellten Berechnungen und dem Organisationskonzept aber noch nichts

gehört. Weil das auch die Leistungsfähigkeit der Einnahmeverwaltung berühre, wüsste er gerne, wann der Ausschuss mit einer Vorlage rechnen könne, die mehr Konkretisierungen enthalte.

StS Dr. Rüdiger Messal (FM) trägt vor, der Lenkungskreis habe seine Arbeit im alten Jahr abgeschlossen. Er habe dem Finanzminister einen Vorschlag gemacht, der darauf hinauslaufe, die anvisierten 100 Stellen einzusparen. Inzwischen sei ein Verordnungsentwurf der Personalvertretung, dem Hauptpersonalrat und der Schwerbehindertenvertretung zugeleitet worden. Man wolle dieses Verfahren zügig abschließen und dann in die weitere Umsetzung eintreten.

Ralf Witzel (FDP) möchte nachvollziehen können, wo diese 100 Stellen erbracht würden.

Zunächst sei nur auf der Ebene der Präsidenten und Vizepräsidenten die Entscheidung getroffen worden, dass die 100 Stellen eingespart würden, erläutert **StS Dr. Rüdiger Messal (FM)**. Zurzeit werde in einer Projektgruppe über die Umsetzung auf die nachgelagerten Bereiche diskutiert.

MDgt Jörg Hansen (FM) konkretisiert, die beiden Oberfinanzdirektionen hätten eine Planungsgruppe eingerichtet, in der zunächst das Konzept intern erarbeitet werde, welche Referate es an beiden Standorten geben werde und wie sie ausgestattet würden. Die Zielvorgabe sei, dabei 100 Stellen einzusparen. Im Haushaltsentwurf 2014 werde das Finanzministerium darstellen, welche Stellen kw-gestellt würden, sodass die Stelleneinsparungen nachvollziehbar seien.

Ralf Witzel (FDP) fragt nach, wann der Ausschuss denn mit der Darstellung der Ergebnisse und des neuen Konzeptes rechnen könne. Er würde ungerne bis zu den nächsten Haushaltsberatungen darauf warten.

StS Dr. Rüdiger Messal (FM) sagt zu, eine Berichterstattung vorzunehmen, wenn Fortschritte so weit erzielt worden seien, dass sie dem Ausschuss vorgestellt werden könnten.

Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**Zu: Kapitel 14 750 Titel 683 20**

Antrag der CDU-Fraktion

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) will hier noch einmal „Opposition der Einladung“ praktizieren. Aus dem Ministerium habe man eindeutige Zahlen bekommen, sodass der Landtag das, was feststehe, jetzt auch gemeinsam vollziehen könnte. Es wäre nicht schön, wenn Rot-Grün jetzt diesen Antrag ablehnen und anschließend selbst einen ähnlichen Antrag einbringen würde. – **Ralf Witzel (FDP)** kann dem nur zustimmen.

Demgegenüber weist **Stefan Zimkeit (SPD)** darauf hin, dass bei den Zahlen des Ministeriums ausdrücklich die Vorläufigkeit betont worden sei.

Einzelplan 15: Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter**Zu: Kapitel 15 044 Titel 686 61**

Anträge der CDU-Fraktion und der Piratenfraktion

Robert Stein (PIRATEN) und **Dr. Marcus Optendrenk (CDU)** verständigen sich zunächst darauf, die beiden bis auf die Begründung identischen Anträge zu einem gemeinsamen Antrag zusammenzufügen.

Ralf Witzel (FDP) möchte zu dieser Titelgruppe – Förderung der Ausbildung der nichtärztlichen Heilberufe – wissen, aus welchem inhaltlichen Grund im Haushaltsentwurf eine Kürzung gegenüber dem Vorjahresansatz um 500.000 € vorgesehen sei. Damit sollten die Fördermittel zugunsten der Ausbildung von Pharmazeutisch-Technischen-Assistenten gestrichen werden. Demgegenüber werde ein um ein vielfaches längeres und teureres Studium vom Land kostenfrei finanziert, obwohl das zu ganz anderen Einnahmeerwartungen berechtige. Diese Schwerpunktsetzung rieche sehr nach Umverteilung von unten nach oben.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) stellt fest, die Koalition setze diesen Schwerpunkt, weil alle anderen Heilberufe auch nicht gefördert würden. Zukünftig sollten die Apotheken zu einer geringfügigen Umlage verpflichtet werden und so zu den Kosten der PTA-Ausbildung beitragen. In allen anderen Heilberufen sei das genauso. Warum da die PTA-Ausbildung herausgehoben werden solle, sei gerade angesichts der angespannten Haushaltslage nicht erklärlich.

MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGEPA) macht deutlich, im Berichterstattergespräch habe die Landesregierung bereits darauf hingewiesen, dass mit Ausnahme der Altenpflegeausbildung kein Gesundheitsfachberuf eine staatliche Förderung erhalte. Insoweit erfolge eine Gleichstellung.

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

Auf entsprechende Frage des **Vorsitzenden Christian Möbius** stellt **RD Inge Schlupp (FM)** fest, durch die heutigen Beratungen habe sich der Haushalt in keiner Weise verändert, sodass ein Beschluss über einen Haushaltsausgleich nicht erforderlich sei.

Schlussabstimmungen

Mit den Stimmen aller Fraktionen **fasst** der Ausschuss den auf Seite 5 des Ausschussberichts Drucksache 16/2100 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

Der HFA **empfiehlt** in der Gesamtabstimmung dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten, den **Haushaltsgesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/1400** unverändert **anzunehmen**.

Abschließend **empfiehlt** der HFA dem Landtag einvernehmlich, die **Finanzplanung** 2012 bis 2016 mit Finanzbericht 2013 **Drucksache 16/1401** zur **Kenntnis zu nehmen**.